

Aufruf zur Kundgebung

am 22. Mai 2021 um 16.00 Uhr auf dem Römerberg in Frankfurt

„Frieden und Gerechtigkeit für Palästina und den Nahen Osten!“

Angesichts der militärischen Eskalation im Nahen Osten hat die Palästinensische Gemeinde in Hessen dazu aufgerufen, heute friedlich zu demonstrieren, um sich für den Frieden in der Region einzusetzen.

Wir fordern:

1. Der israelische Staat muss umgehend die völkerrechtswidrige Landnahme in Ost-Jerusalem und Zwangsräumung von palästinensischen Familien im Stadtteil Scheich Dscharrah stoppen und rückgängig machen. Die regelmäßige Entweihung der Al-Aqsa Moschee durch das israelische Militär muss aufhören.
2. Die völkerrechtswidrige Annexion Ost-Jerusalems und Verlegung der Hauptstadt nach Jerusalem durch den israelischen Staat muss rückgängig gemacht werden. Die Palästinenser haben einen Anspruch auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt ihres eigenen Staates.
3. Alle Menschen im Nahen Osten haben ein Recht darauf in Frieden und Freiheit zu leben. Unter der militärischen Eskalation und der massiven Bombardierung von Gaza durch das israelische Militär litt vor allem die Zivilbevölkerung. Gewalt löst keine Probleme und schafft neue. Sie führt zu mehr Leid für die Menschen in Palästina und zu weniger Sicherheit in Israel. Vor allem auf palästinensischer Seite sind hunderte Zivilisten gestorben und verletzt worden, darunter 65 Kinder und viele Frauen. Der Staat Israel muss der palästinensischen Bevölkerung Perspektiven für eine gleichberechtigte Existenz und auf ein Ende der jahrzehntelangen Unterdrückung bieten, damit sie andere Auswege aus ihrer Misere sehen kann, als die Bedrohung israelischer Städte. Nur Gerechtigkeit und der Stopp der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung wird dauerhaften Frieden schaffen.
4. Wir begrüßen den Waffenstillstand und die Beendigung der Kampfhandlungen in der Region und hoffen auf die Einhaltung der diesbezüglichen Erklärungen der israelischen Regierung und der Hamas. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich nun mit all ihren Möglichkeiten für die Einhaltung des Waffenstillstandes durch beide Seiten und für einen nachhaltigen, dauerhaften und gerechten Frieden in dieser Krisenregion sowie für den Wiederaufbau des Gazastreifens einzusetzen und somit die Leiden des palästinensischen Volkes zu mildern. Zudem muss die Gaza-Blockade aufgehoben und die humanitäre und medizinische Hilfe für den Gaza-Streifen ohne Einschränkungen gewährleistet werden.

5. Wir rufen zugleich das israelische Volk auf, umzudenken und eine Politik für Frieden statt für Gewalt zu unterstützen. Ein Land, das als Besatzungsmacht auftritt und demokratisch nur gegenüber einem Teil der Bevölkerung – dem jüdischen – ist, ist keine Demokratie. Eine Demokratie zeigt sich daran, wie sie mit den Rechten der Minderheiten umgeht. Eine sog. „Demokratie“, in der das Volk ständig Gewalt- und Kriegspolitik wählt und unterstützt, kann auf lange Sicht nicht bestehen. Ein solches grausames Demokratieverständnis darf es nicht geben!
6. Alle Länder in der Region haben das Recht friedlich, in sicheren und anerkannten Grenzen und ohne Gewaltandrohungen zu leben. Israel existiert! Es leugnet aber das Existenzrecht eines palästinensischen Staates und zerstört seit Jahrzehnten gezielt und systematisch die Grundlagen zur Schaffung dessen. Das Recht des palästinensischen Volkes auf seinen eigenen Staat ist unbestreitbar!
7. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Wahrung des Völkerrechts und die Beendigung der Gewalt in der Region einzusetzen. Die deutschen Waffenexporte in den Nahen Osten müssen stoppen. Die einseitige Parteinahme der Bundesregierung für die israelische Regierung dient nicht dem Frieden in der Region. Das gilt auch für das Land Hessen und unsere Stadtregierung in Frankfurt.
8. Wir wenden uns gegen jede Form des Antisemitismus, Rassismus und der Menschenfeindlichkeit. Wir verurteilen entschieden Angriffe auf religiöse Zentren, Synagogen und Hassparolen gegen jüdische MitbürgerInnen in unserem Land. Wir stellen uns entschieden gegen alle Versuche, die militärische Eskalation im Nahen Osten für antisemitische Stimmungen zu nutzen. Es darf zugleich nicht der Fehler gemacht werden, die berechtigte Kritik an Israel leichtfertig als Antisemitismus zu diskreditieren und Friedensaktivisten als Antisemiten zu kriminalisieren.
9. Alle Gleichsetzungen der aktuellen Ereignisse mit der Vernichtung der europäischen Juden während der Zeit des Faschismus und Relativierungen des Holocausts weisen wir entschlossen zurück. Wir dulden keinerlei antisemitischen Parolen, Plakate oder Transparente.

Frieden jetzt!

Peace now!

Assalam alaam , (نالا السلام)!

Schalom achschaw!

Şimdi Barış!

